

Recht Test

Zusammenfassung

Rechtsordnung

Begriffe

Moral

- Werte, die durch eigene Wertvorstellungen vorgegeben werden
- Durchsetzbarkeit: Die Nichtbeachtung der Regel wird nicht bestraft. Man muss sie mit dem eigenen Gewissen vereinbaren.

Sitte

- In einer Gruppe oder Gesellschaft allgemein anerkannte Verhaltensweisen
- Durchsetzbarkeit: Befolgung kann nicht erzwungen werden, aber die

Gruppe kann Sanktionen setzen
(z.B. Ausschluss)

Gesetz

- Vom Staat festgelegte Regeln
- Durchsetzbarkeit: Staat kann Befolgung erzwingen, z.B. durch Strafen

Rechtsnormen

- Sind Vorschriften für das Verhalten von Personen.
 - Dienen dazu, das Zusammenlernen zu organisieren und Konflikte zu lösen.
 - Kann mit staatlichen Zwang durchgesetzt werden.
- Rechtsordnung: Gesamtheit der geltenden Rechtsnormen
- Rechtsquellen: Geschriebenen oder ungeschriebenen Grundlagen der Rechtsordnung

- Jemand, dem die Rechtsordnung Rechte zuerkennt und meistens auch Pflichten auferlegt, wird als Person oder Rechtssubjekt bezeichnet.

Rechtssubjekte

- Natürliche Personen: Sind alle Menschen. Haben von Geburt bis zum Tod Rechte und Pflichten
- Juristische Personen: Sind Künstliche Konstruktionen die von der Rechtsordnung wie Personen behandelt werden. Kann ein Vertragspartner sein, Vermögen haben und Klägerin oder Beklagte eines Zivil- oder Strafprozesses sein. Benötigt zu diesem Zweck Organe, also Menschen, die rechtliche Handlungen für sie vornehmen.

Beispiele für Juristische Personen: der Bund, Gemeinden,

Vereine, AGs

Staatliche Organe

- Behörden: Staatliche Organe die Verwaltungen wahrnehmen.
- Sind berechtigt, Zwangsmaßnahmen zu setzen.
- Behörden dürfen nur aufgrund der Gesetze tätig werden (Legalitätsprinzip)
- Parteien: Personen, die von der Entscheidung eines Gerichts oder Verwaltungsbehörde unmittelbar betroffen sind.
- Wenn Partei mit Entscheidung nicht einverstanden, kann sie Rechtsmittel ergreifen (Eine Entscheidung Anfechten)
- Für die Anwendung des Rechts sind mehrere Instanzen (Entscheidungsebenen) zuständig.
- Aufeinanderfolgende oder einzelne Instanzen bezeichnet man als

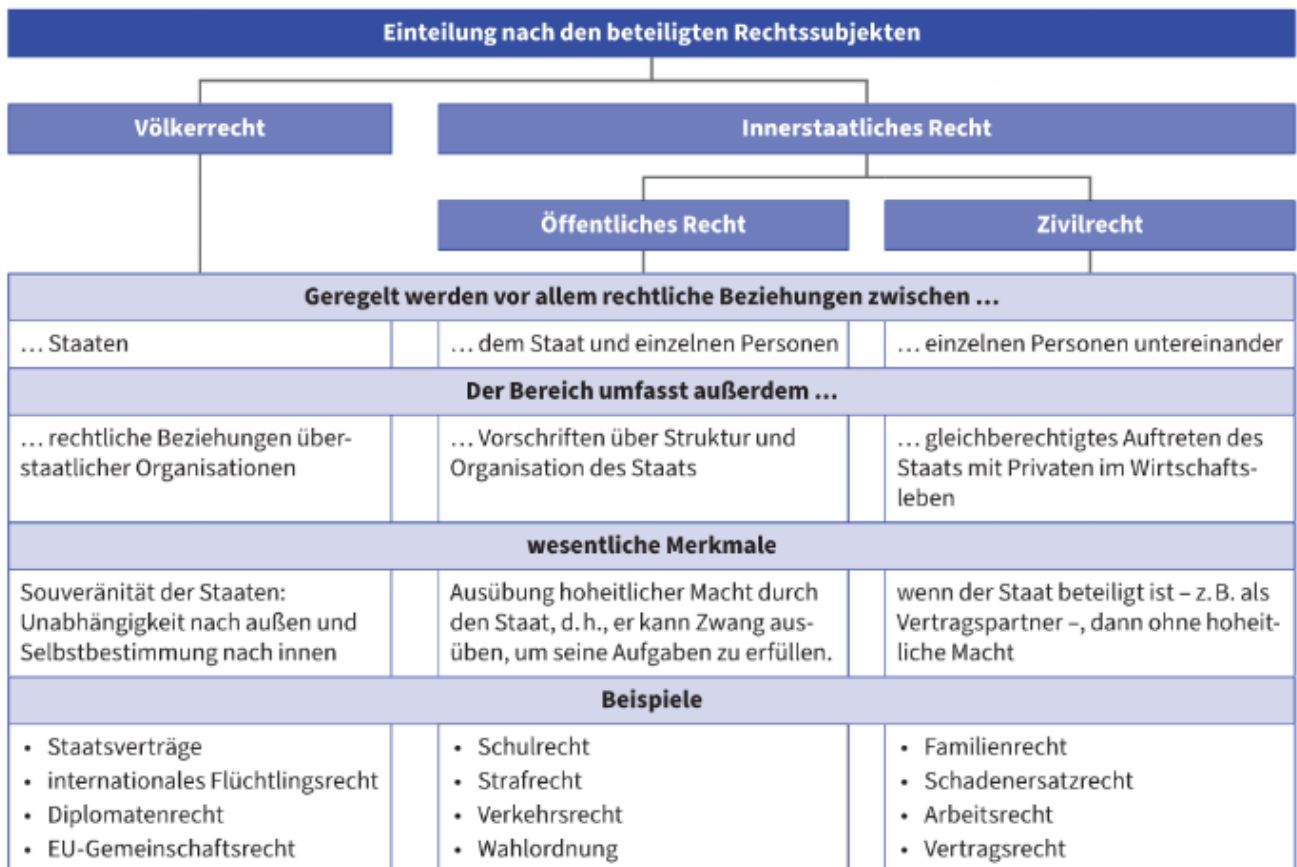
Instanzenzug.

- Wenn Partei gegen Entscheidung der ersten Instanz ein Rechtsmittel ergreift, wird die Rechtssache von der nächsten Instanz geprüft und die Entscheidung bestätigt oder geändert.
- Beispiel für Instanzenzug:
Landesgericht →
Oberlandesgericht → Oberster Gerichtshof
- Rechtskräftig: Wenn eine Entscheidung nicht mehr angefochten werden kann (oder es kein Rechtsmittel mehr gibt)
- Gerichte können unabhängig entscheiden.
- Judikatur: Zu häufig auftretende Rechtsprobleme entwickeln sich zu einer ständigen Rechtsprechung

Arten des Rechts

Abgrenzungen:

- beteiligten Rechtssubjekten
- Zweck der Rechtsnormen
- Abänderbarkeit



Einteilung nach der Abänderbarkeit	
Zwingendes Recht	Nachgiebiges Recht
Merkmale	
Vorschriften, die keine anders lautenden Regelungen zulassen	Vorschriften, die nach dem Willen der Beteiligten auch eine andere Regelung zulassen
Zweck	
Festlegung der Grenzen für die Gestaltungsfreiheit der Parteien, um die Ordnung zu gewährleisten oder um schwächere Vertragspartner zu schützen	ergänzende Festlegung von Bedingungen, die von den Beteiligten außer Acht gelassen worden sind
Beispiele	
<ul style="list-style-type: none"> • Eine gültige Ehe kann nur vor einem Standesbeamten geschlossen werden, auch wenn beide Ehepartner darauf keinen Wert legen. • Im Arbeitsrecht sind für einen Dienstnehmer fünf Wochen Mindesturlaub vorgesehen. Auch wenn er sich mit drei Wochen zufriedengibt, ist eine solche Vereinbarung ungültig. 	<ul style="list-style-type: none"> • Wenn in einem Kaufvertrag nichts über die Lieferbedingungen vereinbart wurde, muss der Kunde die Ware abholen. Selbstverständlich kann aber auch die Zustellung durch den Verkäufer vereinbart werden. • Im Erbrecht legt das Gesetz eine Erbfolge fest. Durch ein Testament kann der Erblasser aber auch ganz andere Regelungen treffen.

Abgrenzung zwischen Zivil- und Strafrecht

- Strafrechtliche Folgen: Der Staat hat das Recht, Kriminelle zu bestrafen.
- Zivilrechtliche Folgen: Das Opfer hat das Recht, vom Täter einen Ersatz des angerichteten Schadens zu fordern.
- Zivilrechtliche Konsequenzen: Es liegen keine Strafbaren Handlungen vor

- z.B. Erbrechtsangelegenheiten, Streitigkeiten zwischen Nachbarn

Zugang zum Recht

Mögliche Quellen:

- Juristische Literatur in Fachbibliotheken
- Rechtsinformationen im Internet
- Rechtsauskünfte von Gerichten

Rechtsinformationen im Internet

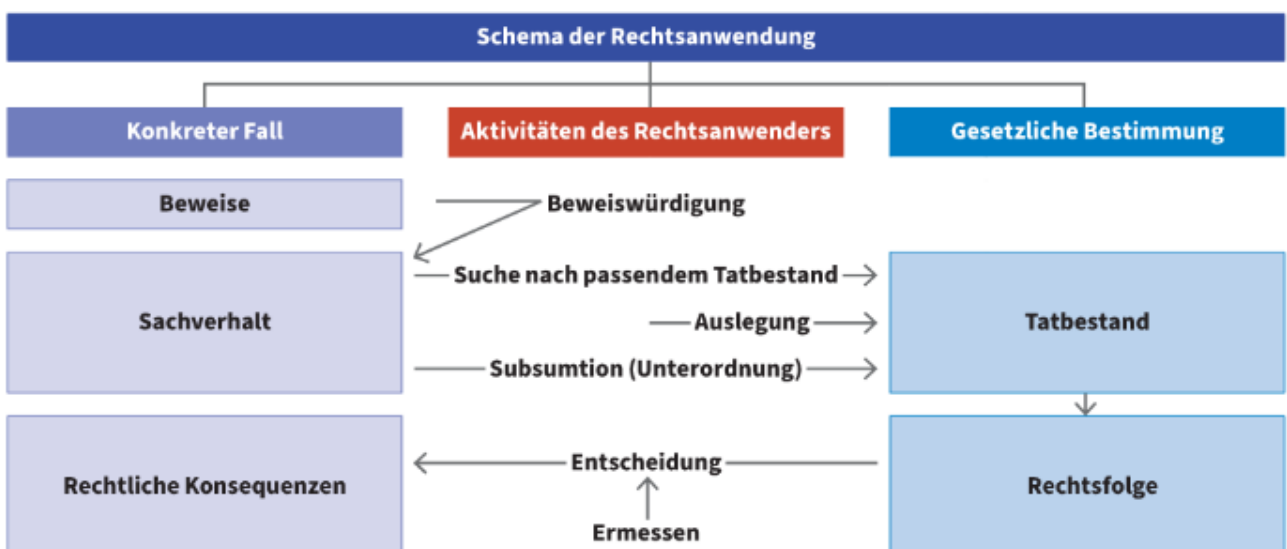
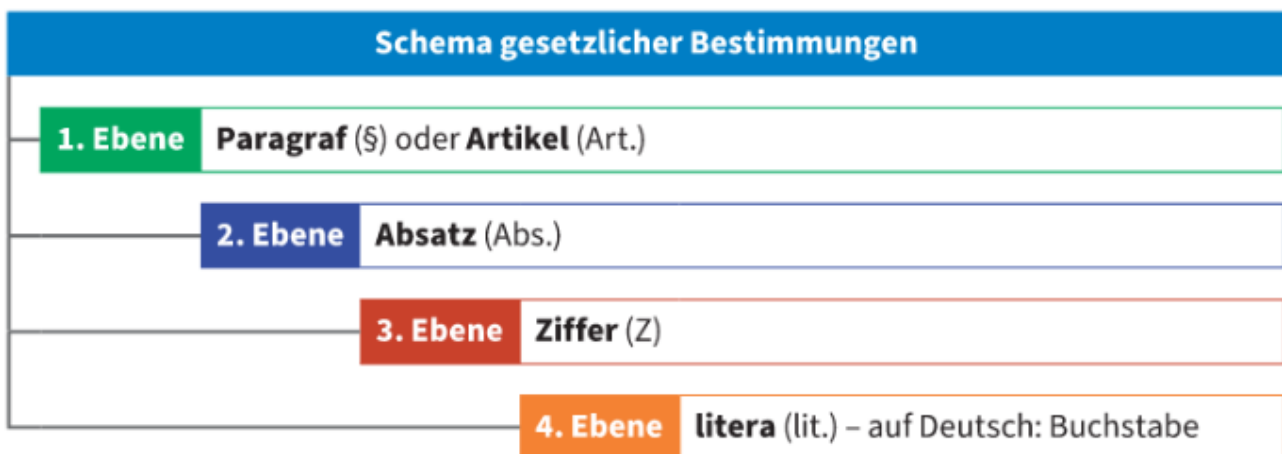
- Rechtsinformationssystem des Bundes: www.ris.bka.gv.at
- Österreich digitales Amt: www.oesterreich.gv.at
- Wikipedia
- ...

Einteilung von Rechtsauskünften

- Verschiedene Stellen bieten kostenlose Rechtsauskünfte zum Zivilrecht an

Rechtsanwendung

- Gesetzliche Bestimmungen normalerweise nach folgendem Schema gegliedert:



- Sachverhalt: Konkreter Fall, der sich real ereignet hat und dessen

rechtliche Folgen zu bestimmen sind.

- Rechtsanwender muss Beweise aufnehmen, gegeneinander abwägen und überlegen, welche Hinweise auf den Sachverhalt liefern.
- Nun ist es wichtig einen passenden Tatbestand zu finden, also eine Gesetzesstelle, die in ihrer allgemeinen Formulierung den konkreten Fall einschließt.
- Hat Rechtsanwender einen möglichen geeigneten Tatbestand gefunden, so muss er interpretiert werden.
- Wird überlegt welche konkreten Fälle mit allgemeiner Formulierung gemeint sein könnte.
- Passt Sachverhalt zum Tatbestand so wird er diesem untergeordnet.

Beispiel: Rechtsanwendung im Strafrecht:

Sachverhalt: Maier versetzt Müller im Café „Zum Watschenmann“ einen Fausthieb. Müller erleidet eine Gehirnerschütterung.

Beweiswürdigung: Der Täter ist nicht geständig und unglaubwürdig. Zwei vertrauenswürdige Zeugen bestätigen obigen Sachverhalt, er ist daher erwiesen.

Gefundener Tatbestand: § 83 Abs.1 StGB: „Wer einen anderen am Körper verletzt oder an der Gesundheit schädigt, ...“

Auslegung: Eine Gehirnerschütterung ist eine Gesundheitsschädigung.

Subsumtion: Der Sachverhalt verwirklicht den Tatbestand der Körperverletzung.

Rechtsfolge zu § 83 StGB: „... ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.“

Entscheidung der Richterin: 2 Monate Haft. Erschwerend waren Maiers Vorstrafen.

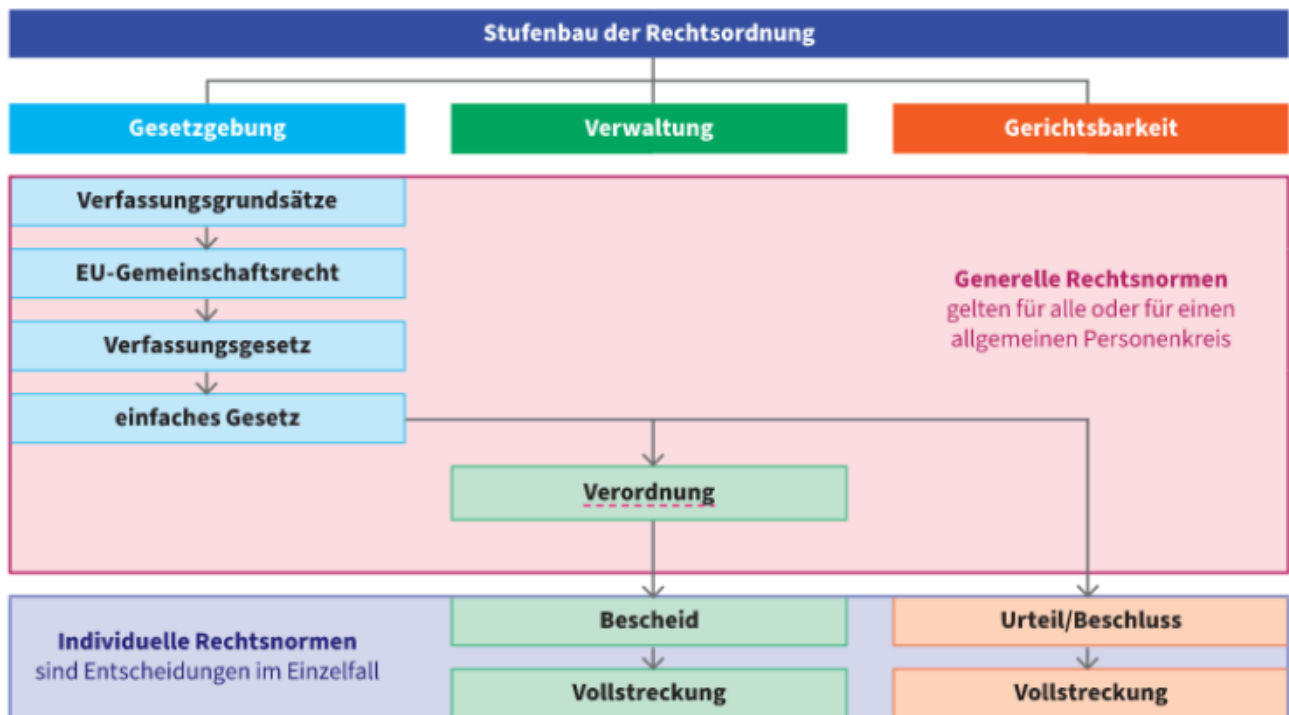
- Rechtsvorschriften: Setzen sich aus Tatbestand und Rechtsfolge zusammen.

Stufenbau der Rechtsordnung

- Zusammenfassung der unterschiedlichen Ränge der Rechtsnormen
- Rangniedrigere Norm ist in zweifacher Weise abhängig von der höherrangigen:

- Kann nur zustande kommen, wenn es in einer höherrangigen Norm vorgesehen ist.

- Darf nicht gegen ranghöhere Normen verstoßen.



Verfassungsgrundsätze:

- Änderung nur durch 2/3 Mehrheit im nationalen Parlament und Volksabstimmung
- Demokratie, Republik, Rechtsstaat, Bundesstaat

Verfassungsgesetze:

- Zustandekommen oder Änderung durch 2/3 Mehrheit im nationalen Parlament
- Wahlordnung, Neutralität, Bürger- und Menschenrechte

Einfache Gesetze:

- Zusammenkommen oder Änderung durch einfache Mehrheit (>50%) im nationalen Parlament.
- Strafgesetzbuch, Straßenverkehrsordnung, Bauordnung

Generelle und individuelle Rechtsnormen

Generelle Rechtsnormen:

- müssen kundgemacht - verlautbar, veröffentlicht - werden, damit sie in Kraft treten können.
- Kundmachung erfolgt z.B. im Bundesgesetzblatt (Internet) aber auch auf andere Arten.

Bescheide, Urteile und Beschlüsse:

- Werden per Post an die Partei zugestellt
- Übernahme muss durch eigenhändige Unterschrift des Empfängers bestätigt werden.
- Ab Zustellung beginnt Frist (14 Tage) für die Ergreifung eines Rechtsmittel.
- Wird Frist nicht genutzt, tritt Rechtskraft ein (nicht mehr anfechtbar).

Aufgaben und Grundlagen des Verfassungsrechts

Verfassung

- Wichtigsten Grundregeln in einem Staat, die bestimmen, wie der Staat funktionieren soll.
- Dadurch werden dem menschen wichtige Freiheiten und Grundrechte eingeräumt.

In der Verfassung zu finden:

- die Staatsform
- wie der Staat aufgebaut ist
- die Staatsfunktionen
- die Grundrechte

Rechtsquellen der österreichischen Verfassung

- Ist auf viele Vorschriften verteilt
- Wichtigste Rechtsquelle: Bundesverfassungsgesetz

Staatszielbestimmungen

- Gibt der Politik positive Ziele vor.
- Beispiele:
 - Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung

- Bekenntnis zum umfassenden Umweltschutz
- Schutz der alteingesessenen Volksgruppen
- Nichtdiskriminierung von Menschen mit Behinderung
- Tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau
- Wahrung der immerwährenden Neutralität

Rechte der alteingesessenen Volksgruppen

- Gebrauch der Muttersprache als Amtssprache in Ämtern und Behörden
- Berücksichtigung spezieller Bestimmungen für den Schulunterricht, für die Sprachen- und die Kulturförderung

Immerwährende Neutralität

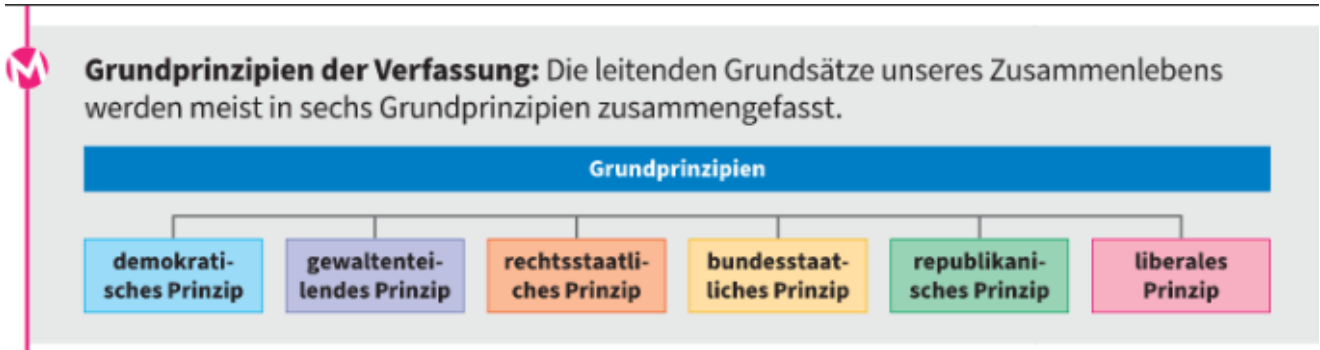
- bedeutete, sich als Staat dauernd neutral zu verhalten.
 - sich nicht an künftigen Kriegen und militärischen Bündnissen zu beteiligen
 - fremde Truppen nicht auf eigenem Staatsgebiet stationieren zu lassen.

Grundprinzipien der Verfassung

- Gibt eine Hierarchie (Stufenbau der Rechtsordnung)
- Verfassungsrecht hat den obersten und wichtigsten Rang.
- Verfassung ist die Grundlage der Rechtsordnung.
- Innerhalb des Verfassungsrechts wiederum nehmen die Grundprinzipien der Verfassung den höchsten Rang ein.

Gibt 6 Stück, Experten sind sich aber bei 4 einig, dass es sie gibt:

- demokratisches Prinzip
- rechtsstaatliches Prinzip
- bundesstaatliches Prinzip
- republikanisches Prinzip



Demokratisches Prinzip

- Wort "Demokratie", bedeutet "Volksherrschaft"
- Hier haben die Staatsbürger das Recht, an der staatlichen Willensbildung und Machtausübung teilzunehmen.
- Können an Wahlen oder Volksabstimmungen teilnehmen.
- Gegenstück ist die Diktatur, da ist das Volk nicht an alle dem beteiligt.

- Gibt entweder gar keine Wahlen, oder "Pseudo-Wahlen" (keine echte Wahlfreiheit)
- Charakteristisch ist auch, dass Grund- und Menschenrechte systematisch eingeschränkt und verletzt werden.

Direkte und indirekte Demokratie

Direkte Demokratie

- Volk trifft unmittelbar die Entscheidung
- Beispiele:
 - Volksabstimmung über EU-Beitritt Österreichs 1994

Indirekte Demokratie

- Volk wählt seine Vertreter und diese entscheiden dann in weiteren Angelegenheiten
- Beispiele:

Republikanisches Prinzip

- Regierende werden für eine bestimmte Zeit vom Volk gewählt.
- Unterschied zur Monarchie:
Stellung des Staatsoberhauptes

Republik:

- Staatsoberhaupt wird vom Volk gewählt.
- Zeitlich befristet

Monarchie:

- Bestellung durch Erbfolgeordnung
- Auf Lebenszeit

Bundesstaatliches Prinzip

- Staat kann zentralistisch oder föderalistisch organisiert sein
- In diesem fall ist er entweder ein Einheitsstaat oder Bundesstaat

Einheitsstaat:

- Nur eine Staatliche Ebene (Frankreich)

Bundesstaat:

- Mehrere Ebenen die auf die Staatsfunktionen verteilt werden (Österreich)

Rechtsstaatliches Prinzip

- gibt eine allgemein kundgemachte Rechtsordnung
- Jede Person, soll sich von dieser Kenntnis verschaffen und ihr Recht auch durchsetzen können.

Rechtsstaat:

- Allgemein verlautbare Rechtsordnung
- Einhaltung dieser kann wirksam durchgesetzt werden
- Regelmäßigkeit von Tätigkeiten der Behörden unterliegt einer

Kontrolle

Polizeistaat:

- Gibt entweder gar keine allgemein verlaubliche Rechtsordnung oder sie kann nicht durchgesetzt werden.
- Rechtsordnung kann nicht wirksam durchgesetzt werden.
- Gibt keine Kontrollinstanz

Legalitätsprinzip:

- Zentraler Grundsatz in einem Rechtsstaat.
- Bindet die Verwaltung und Gerichte in ihrem Handeln an die Gesetze

Liberales Prinzip

- Gewährt den Menschen im Staat Freiheiten, indem es ihnen einen gewissen staatsfreien Raum garantiert.

- Zeigt seine Auswirkungen vor allem in den Grund- und Freiheitsrechten deutlich.

Gewaltentrennendes Prinzip

- Macht im Staat auf mehrere Organe aufgeteilt